

Margit Appel, Barbara Prainsack

ARBEIT – CARE – GRUNDEINKOMMEN

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung von



© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2024
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Elvira M. Gross

Satz: Bernhard Amanshauser

Umschlag: Michael Baiculescu und Martin Birkner, unter Verwendung
einer Grafik von Heinz Harrich

Druck: Primate, Budapest

Inhaltsverzeichnis

7	Vorwort
14	1: Einleitung
32	2: Arbeit als Herrschaftsinstrument
70	3: Bedingungslosigkeit als historische Konstante unbezahlter und bezahlter Frauenarbeit
100	4: Bedingungslosigkeit politisieren
124	5: Fünf Mythen zum BGE
145	6: Brot und Butter – Öffentliche Infrastrukturen und bedingungslose Absicherung
165	7: Wohnen ohne Markt
186	8: Wie ein BGE dabei helfen könnte, der Klimakrise zu begegnen
207	9: Zusammendenken: Arbeit – Care – Grundeinkommen
218	Literatur

Wir danken Markus Blümel, Luise Gubitzer, Robert Reischer und Elias Weiss für die hilfreichen Kommentare zum Manuskript; Ronald Blaschke für Hinweise zur deutschen Diskussion. Bei Dino Corbo bedanken wir uns für die Forschungsassistenz und bei Ilona Wenger und Elvira M. Gross für das sorgfältige Lektorat. Wir danken Heinz Harrich und Hendrik Wagenaar für die Sorgearbeit, die dieses Buch mit möglich gemacht hat; Heinz Harrich insbesondere für die Zuverfügungstellung der Titelgrafik. Unser besonderer Dank gilt dem Mandelbaum Verlag, allen voran Martin Birkner, für die gute Zusammenarbeit.

Vorwort

Die Diskussion um die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) reißt nicht ab. Sie hat Konjunkturen, wie ihr erneuter Start in den 2000er Jahren zeigte, in Deutschland damals angestoßen durch die heftigen Debatten um die Reform der Sozialgesetzbücher (SGB). Insbesondere die Einführung des im Volksmund Hartz IV genannten Arbeitslosengeldes II löste Kritik aus. Mit ihm wurde offensichtlich, dass die Reform zu einer erneuten Betonung auf Erwerbsarbeit als Königsweg eines bewährten und anerkannten Lebens führt.

Dies zeigte sich nicht zuletzt 2005 mit den im SGB II verankerten Zumutbarkeitsregeln, unter denen eine Beschäftigung aufzunehmen sei. So mussten längere Anfahrtswege zur Arbeitsstätte in Kauf genommen, niedriger qualifizierte Berufe akzeptiert sowie bei jüngerem Alter der eigenen Kinder die Bereitschaft zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt gezeigt werden. Schließlich und am konsequentesten verdeutlichten die Sanktionsregeln den Geist der sogenannten Arbeitsförderung: Wer nicht spurt, hat nicht etwa eigene Lebensvorstellungen oder multiple Problemlagen, die Vermittlungshindernisse darstellen, sondern muss diszipliniert werden. Die Arbeitslosen wurden damit wie renitente Kinder behandelt, ihre Autonomie schwerwiegend untergraben. Dass schließlich diese Politik nicht zur nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation führte, geschweige denn über die Erwerbsarbeit ein gesundes Selbstbewusstsein entstand und das Gefühl, in diesem Land Wertschätzung zu erfahren, ist für

eine Arbeitsmarktforscherin ebenso wenig erstaunlich wie für den gesunden Menschenverstand.

8 Im Zuge der SGB-Reformen gründeten sich in Deutschland Initiativen wie „Freiheit statt Vollbeschäftigung“, das „Netzwerk Grundeinkommen“ und in wachsender Zahl regionale Initiativen, die seitdem den öffentlichen Diskurs pflegen, über die Idee informieren, sich für ihre Verbreitung und Durchsetzung stark machen. Immer wieder gibt es Anstöße für eine Neubelebung der Grundeinkommensdebatte. So hat die Gründung des Vereins „Mein Grundeinkommen“ 2014 mit der Verlosung von einjährigen BGE durch Crowdfunding zu großer Aufmerksamkeit in den Medien gesorgt, ebenso wie die Schweizer Kampagne für eine Volksabstimmung Anfang Juni 2016. Sie rief die Eidgenoss:innen dazu auf, zu beschließen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen in die Bundesverfassung aufgenommen wird. Zwar ist der Vorschlag mit 23,1 Prozent Zustimmung abgelehnt worden, doch ein solches Schicksal war der Durchsetzung des Frauenwahlrechts in der Schweiz bekanntlich vor 1971 ebenfalls widerfahren.

Als die Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 schließlich zu erheblichen Einkommensverlusten verschiedener, vom Lockdown betroffener Berufsgruppen führten, lag es auf der Hand: Ein Grundeinkommen würde hier schnell, verlässlich, unbürokratisch Abhilfe schaffen und Sicherheit bieten. Zudem wäre eine der größten Stärken und ein zentraler Charakterzug des Grundeinkommens ersichtlich geworden: Die Zahlung des BGE auf das Konto eines jeden zeigt Wertschätzung des Einzelnen, gibt einen Vertrauensvorschuss und bindet damit an ein Gemeinwesen, das auf diese Weise Sicherheit und Anerkennung stiftet. Plötzlich war das Grundeinkommen ein breit diskutiertes Thema nicht

nur in Deutschland. Vom ehemaligen Fußballprofi Ewald Li-
enen bis zu den Vereinten Nationen reichte der Bogen des In-
teresses, und sogar der Papst erwähnte die Idee in seiner Os-
teransprache. In Deutschland erhielten drei Petitionen – unter
anderem die nach 2009 zweite Petition an den Bundestag von
Susanne Wiest – in wenigen Wochen Hunderttausende Un-
terschriften. Doch mit dem Rückgang der Infektionszahlen,
so schien es, nahm auch das öffentliche Interesse an der sozial-
politischen Alternative wieder ab.

Aber die Debatte geht weiter. Eine Vielzahl zivilgesell-
schaftlicher Akteur*innen, einzelne Protagonist*innen in Par-
teien und Medien sowie größer angelegte Projekte wie das durch
Crowdfunding finanzierte „Pilotprojekt Grundeinkommen“ tra-
gen dazu bei. Auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung
wächst. So wird das Pilotprojekt des Vereins „Mein Grundein-
kommen“, bei dem seit Juni 2021 an 122 Menschen über drei
Jahre 1.200 Euro pro Monat ausgezahlt werden, während eine
Vergleichsgruppe von 1.380 Menschen ohne Grundeinkom-
men bleibt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
(DIW Berlin) begleitet. Eine andere Forschungsinstitution
ist das Freiburg Institut for Basic Income Studies (Fribis), an
dem seit Herbst 2019 innerhalb eines interdisziplinären Kom-
petenzverbundes an der Universität Freiburg in verschiedenen
thematischen Teams Forschung rund um das Bedingungslose
Grundeinkommen beheimatet ist und das durch Stiftungsgel-
der gefördert wird. Um nur einige Beispiele aus Deutschland
zu nennen.

Das hier vorgelegte Buch von Margit Appel und Barbara
Prainsack liefert nun einen weiteren Anstoß für die Debatte um
ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Autorinnen plä-
dieren dabei für ein neues Verständnis von Arbeit und stellen

facettenreich dar, inwiefern ein BGE einen geeigneteren Rahmen für das Handeln des Einzelnen wie auch für notwendige Entscheidungen der Gesellschaft als Ganze abgeben würde. Durch ihren weit aufgefächerten Arbeitsbegriff geraten komplexe Zusammenhänge in den Blick, die für eine nachhaltige Gesellschaftsgestaltung wichtig sind.

10 Im Kapitel zur Nachhaltigkeit wird dieser weite Horizont besonders deutlich, wenn es heißt: „Arbeit nicht mehr nur als Ware zu behandeln, sondern als Teil des In-der-Welt-Seins der Menschen: als Akt der Sorge um sich selbst, um andere Menschen und um die Natur. Mit dem Rahmen des BGE gedacht, führt Arbeit in ihren unterschiedlichsten Formen – als bezahlte oder unbezahlte Arbeit, selbständige oder unselbständige Arbeit, individuelle oder kollektive Arbeit als Arbeit im Produktions-, Pflege-, Kultur- oder Ökologiebereich, als politische oder zivilgesellschaftliche Arbeit zu einer Absicherung durch ‚Brot und Butter‘: Grunddienstleistungen und Grundeinkommen.“ [vgl. Kapitel 8, S. 203]

Dieses Beispiel der Argumentation zeigt den eingeschlagenen Weg eines „verbindenden Denkens“, das der Komplexität gerecht zu werden versucht, die von zukunftsweisenden Lösungen der aktuellen Herausforderungen verlangt wird. Das Credo der Autorinnen lautet, nicht länger einem ökonomisch ausgerichteten Paradigma zu folgen, das einen Teil der Probleme selbst erzeugt hat, sondern die realen Abhängigkeiten zusammenzudenken. Im feministischen Diskurs stehen sie damit nicht allein, wovon viele Vorarbeiten kritischer sozialwissenschaftlicher Arbeits-, Familien- und Biografie Forschungen zeugen.

Dem weiten Arbeitsbegriff, wie er oben deutlich wird, ließe sich vorwerfen, dass der spezifische Charakter von ökonomisch ausgerichteter Arbeit im Verhältnis zu unentgeltlich,

familiär oder zivilgesellschaftlich verrichteter Arbeit verwischt wird. Man könnte – wie es die Autor*innen der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ vorschlagen – stattdessen von „Tätigkeiten“ sprechen, wenn Handlungspraxis außerhalb des Erwerbssystems gemeint ist. Der Arbeitsbegriff bliebe reserviert für beruflich und marktvermittelte Tätigkeiten. Der Vorteil einer solchen begrifflichen Trennung liegt in der Möglichkeit, den Eigencharakter der verschiedenen Arenen oder auch Bewährungsfelder gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten im Blick zu behalten.

Denn zu Recht betonen Appel und Prainsack im Kapitel über die Bedingungslosigkeit (Kapitel 3), dass Sorgearbeit als Frauenarbeit schon immer bedingungslos geleistet wurde und uns daher das Prinzip der Bedingungslosigkeit vertraut ist. Ein anregender Gedanke in einem öffentlichen Diskurs, dem es entgegen diesem Wissen hartnäckig gelingt, diesen Zusammenhang auszublenden. Schon zu Beginn der Frauenforschung der 1970er und 1980er Jahre haben Autorinnen wie Regina Becker-Schmidt, Gudrun-Axeli Knapp, Ilona Ostner und einige mehr auf die versteckte weibliche Reproduktionsarbeit hingewiesen, die der ökonomisierten Arbeit als Ware zugrunde liegt und die Mehrwertproduktion erst ermöglicht. Inzwischen ist die Erkenntnis der als „doppelte Vergesellschaftung“ von Frauen in die Forschung eingegangene Formel erweitert worden. So spreche ich in meinen Studien beispielsweise von einer „dreifachen Reproduktion“, die zur nachhaltigen Gesellschaftsgestaltung gelingen muss. Damit meine ich die gesellschaftlichen Handlungsprobleme der generativen, sozialen und materiellen Reproduktion, konkret also: die Sicherung des Nachwuchses, des sozialen Zusammenhalts sowie der Erwirtschaftung eines erwünschten und ökologisch verantwortbaren Wohlstands. In

dieser Sichtweise ist ebenfalls die von Appel und Prainsack betonte gegenseitige Abhängigkeit der „Sektoren“, wie sie es nennen, enthalten: Eine Gesellschaft kann sich nicht erhalten und weiterentwickeln, wenn nicht alle drei Bereiche gesichert werden.

12 Und ein weiterer, damit zusammenhängender Gedanke von Appel und Prainsack ist anregend: Indem die Bedingungslosigkeit als Grundprinzip des – bisher vornehmlich weiblichen – Sorgens ans Licht gebracht wird, erwächst ein neues, treffenderes Verständnis von Bedürftigkeit und Abhängigkeit. Die kurze Formel „Alle sind von allen abhängig“ räumt mit dem modernen Mythos auf, Autonomie und Freiheit beruhten auf beruflichem Erfolg und individuelle Selbstbehauptung sei der akzeptierte, alleinige Ausweis eines gelungenen Lebens. Dieser Irrtum basiert auf der Abspaltung von Selbstbezug qua bezahlter Arbeit an Männer und Bindung qua unbezahlter Arbeit an Frauen, worauf die psychoanalytisch fundierte Sicht von Vera King bereits in den 1990er Jahren aufmerksam machte. Daraus lässt sich ein für die BGE-Diskussion wegweisendes Verständnis von Autonomie ableiten, nämlich als „Freiheit in Abhängigkeit“. Eigentlich ist es ganz einfach: Wenn wir auf den Beginn des Lebens schauen, offenbart sich diese Struktur im Kern. Menschliches Leben wird durch Interaktion und Fürsorge erst möglich gemacht – um sich dann zu verallgemeinern in der Fürsorge für das Gemeinwesen. Diese Abhängigkeit nicht länger zu leugnen, dazu eignet sich die Diskussion des BGE. Dies machen Appel und Prainsack mehr als deutlich.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen stellt also in mehrfacher Hinsicht einen zukunftsweisenden Rahmen dar. Einmal für die Auseinandersetzungen der Gesellschaftsgestaltung im Allgemeinen, aber auch für die Handlungsentscheidungen des Einzelnen in zweifacher Weise: 1. Praktisch ist es den Einzelnen

möglich, ihre Entscheidungen an den erwünschten und notwendigen Herausforderungen auszurichten. Sie können sich um Angehörige, Bedürftige oder das Gemeinwesen kümmern, können erwerblich tätig sein, dies alles gleichzeitig oder eines nach dem anderen im eigenen Lebensentwurf realisieren. 2. Normativ wird mit dem BGE das Signal gesendet, dass die Einzelnen als Wert an sich, als Teil der Gemeinschaft wertgeschätzt werden, unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit. Mit einem BGE kann der tatsächliche Einsatz ermöglicht und auch anerkannt werden, egal in welchem der Bereiche er geleistet wird oder ob jemand aus individuellen Gründen (zeitweilig) an keiner dieser Problemlösungen teilnimmt.

13

Ein solcher umfassenderer Blick auf Gesellschaft verdeutlicht daher die Wirkmächtigkeit eines Grundeinkommens für die zukünftige Bewältigung der Herausforderungen, die in Zusammenhang mit Klimawandel und Starkwetterereignissen, kriegerischen Auseinandersetzungen, Fluchtbewegungen, gesundheitlichen Bedrohungen und vielem mehr zu erwarten sind.

I

Einleitung

14 Mit diesem Buch wollen wir Arbeit, Care und Grundeinkommen zusammendenken, ohne uns an „Denkverbote“ zu halten. Diese Denkverbote ergeben sich aus hegemonial gewordenen Vorstellungen darüber, wie die Gesellschaft funktioniert, welchen Gesetzen „die Wirtschaft“ gehorcht und wie unterschiedliche Teile der Gesellschaft miteinander verbunden sind (Wagenaar & Prainsack 2021). Diese Vorstellungen beschränken das, was sag- und denkbar ist, und bilden damit die Grenzen dessen, was und wie wir uns eine bessere, gerechtere, und nachhaltigere Gesellschaft vorstellen können.

Die derzeitig dominante Erzählung nutzt und rechtfertigt gesellschaftliche Praxen der Hierarchisierung, der Ausgrenzung, der Unterdrückung und der Abwertung. Sie legt fest, was Arbeit ist, wessen Arbeit was wert ist, und wessen Arbeit unsichtbar bleibt. Sie markiert einige von uns als Leistungsträger:innen, während sie andere als defizient und hilfsbedürftig darstellt. Dieses Buch möchte einen Beitrag dazu leisten, diese Hegemonie zu durchbrechen. Dinge, die viele von uns für wahr halten, halten bei näherem Hinsehen einer empirischen Überprüfung nicht stand. Und wenn wir das einmal erkannt haben, dann können als unvereinbar behauptete Dinge zusammengedacht werden. Der Horizont des Möglichen erweitert sich und Wege zur Transformation des Bestehenden werden deutlicher.

Warum ist es so wichtig, Arbeit, Care, und Grundeinkommen zusammenzudenken? Arbeit ist eine wesentliche Form menschlicher Praxis, die Welt zu gestalten. Sie ist sowohl für einzelne Menschen als auch für die Gesellschaft im Allgemeinen bedeutungsvoll. Zugleich ist die Art, wie Arbeit verstanden und organisiert ist, wer selbstbestimmt arbeiten kann und wer nicht, und ganz allgemein die Rolle, die Arbeit in der Gesellschaft einnimmt, eine Ausdrucksform von Macht und Herrschaft. Arbeit in ihrer kommodifizierten Form ist ein Schlüsselement der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsweise, ein weiteres die Ausbeutung jeder anderen Form von Arbeit, insbesondere der unbezahlten oder schlecht bezahlten Care-Arbeit.

Unbezahlte oder schlecht bezahlte Care-Arbeit ist gleichzeitig Voraussetzung und Ausfluss „sorgloser“ Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Care¹ steht dabei für den Bedarf an Sorge, der in jeder menschlichen Gesellschaft da ist und gestillt werden muss, um Leben zu ermöglichen und zu erhalten. Sowohl die (moralische) Verantwortlichkeit als auch die konkrete Erbringung von Care-Tätigkeiten beruhen auf einer geschlechterhierarchischen, rassifizierten und klassistischen Arbeitsteilung. Um diese Form der Arbeitsteilung zu überwinden, muss eine Orientierung an Care – ganz konkret im Sinne vorliegender Ansätze einer Care-Ethik – zu einem Angelpunkt einer „Neuausrichtung von Wirtschaft“ (Meier-Gräwe/Praetorius/Tecklenburg 2023) und insgesamt einer sorgeorientierten Gesellschaft werden.

1 Die Begriffe Care(-Arbeit) oder auch Sorge(-Arbeit) werden in diesem Buch synonym verwendet.

Arbeit in all ihren Formen spielt eine Schlüsselrolle im Umgang mit den Vielfach-Krisen, einschließlich der Klimakrise. Eine Neubewertung der Rolle und Definition von Arbeit, vor allem auch des Verhältnisses von Arbeit und Einkommen, ist für die Lösung der Gesundheits-, Care-, Klima-, Verteilungs- und Demokratiekrise unabdingbar. Das macht die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) aktueller denn je. Nicht nur, weil das BGE einen konkreten Handlungsansatz zur Vor- und Umverteilung darstellt. Sondern auch, weil es in die Prozesse rund um Fragen der Arbeit, des Verhältnisses von Arbeit und Einkommen und der Hierarchisierung von Arbeit in einer Weise interveniert, die es zu einem wichtigen Instrument für die partizipative Gestaltung des Wandels der Arbeitsgesellschaft werden lässt. Derzeit sind die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft so gestaltet, dass politische Mitwirkungs- und Durchsetzungschancen an die Verfügung über sozioökonomische Ressourcen geknüpft sind (Zandonella 2021). Das emanzipatorische und transformative Potenzial des BGE zielt auf soziale Anerkennung und Einkommen für alle, buntere Identitäten anstatt der derzeit dominanten Identitätsstiftung durch Erwerbsarbeit, eine gerechtere Verteilung von materiellen und natürlichen Ressourcen, faire Verteilung der gesellschaftlich notwendigen (Sorge-)Arbeit, Entideologisierung von für die herrschende Wirtschaftsweise zentralen Bestimmungen wie Leistung und Wachstum und Transformation zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise (vgl. Wagenaar/Prainsack 2021; Prainsack/Wagenaar 2021).

Demokratie als geteilte Sorgeverantwortung

Die Politologin Joan Tronto definiert Demokratie als „geteilte Sorgeverantwortung und Sicherstellung, dass jede:r

Bürger:in an dieser Sorgeverantwortung so umfassend wie möglich teilhaben kann“ (Tronto 2015, S. 15).² Das politische System der Demokratie braucht die ständige Sorge der Bürger:innen – in allen Bedeutungsfacetten des Begriffes. Umgekehrt müssen die Bürger:innen sich darauf verlassen können, dass für sie gesorgt wird, indem Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, gut für sich und für andere zu sorgen. Es braucht Sorge um Werte, umeinander, um geteilte Räume, um existenzsichernde Einkommen, um gute Institutionen, um bedürfnisorientierte Grunddienstleistungen und um die natürliche Umwelt. Die Arbeitsgesellschaft in ihrer derzeitigen Form bietet diese Rahmenbedingung der geteilten Sorgeverantwortung, an der alle Bürger:innen umfassend teilhaben können, nicht. Damit wird die Frage, welche Rolle welche Arbeit in unserer Gesellschaft einnimmt, nicht nur zu einer politischen, sondern zu einer Frage, die den Status unserer Demokratie berührt (vgl. Urban/Ward 2020).

17

Die ohnehin nie für alle geltende, vertragstheoretisch idealisierte Form der sozialversicherungsrechtlich abgesicherten, mit gutem Einkommen versehenen und mit Mitbestimmungsrechten ausgezeichneten Erwerbsarbeitsverhältnisse ist erodiert. Prekarisierung ist ein Teil des Geschäftsmodells kapitalistischer Gesellschaften. Demokratie zu erfahren, zu lernen, einzuüben – ohnehin auch in den Hochzeiten regulierter Erwerbsarbeit ein Minderheitenphänomen –, wird in den zahlreichen prekarierten Erwerbsarbeitswelten und der unter Sparzwang stehen-

2 Im Original: „Democracy is the allocation of caring responsibilities and assuring that everyone can participate in those allocations of care as completely as possible.“ Alle Übersetzungen aus dem Englischen stammen, wenn nicht anders angegeben, von den Autorinnen.